

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894**

23.2.1894 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Februar.

№ 53.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 13. I. M. gnädigt geruht, dem Kommandanten des I. Gendarmeregiments, Hauptmann Karl Friedrich August Schmitt, den Charakter als Major zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 22. Februar.

Aus dem Bureau des Reichstags ist uns der nun dem Reichstag vorgelegte Handels- und Schiffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und Rußland zugegangen. Die Vorlage stellt sich als ein umfangreiches, 99 Seiten starkes Schriftstück dar. Dem französischen Text des „Traité de commerce et de navigation entre l'Allemagne et la Russie“ ist die deutsche Uebersetzung gegenübergestellt. Zunächst ist der Vertragstext zum Abdruck gebracht, sodann folgen auf 57 Seiten die Tarife, daran schließen sich das Schlußprotokoll und der diplomatische Schriftwechsel über Finnland. Dessen rund 100 Seiten starken Vertrag hat die Reichsregierung sodann eine 85 Seiten starke sehr instruktive Denkschrift beigegeben. An die allgemeine Einleitung schließt sich eine Uebersicht über die deutsche Ausfuhr nach Rußland in den Jahren 1892 und 1893. Nach einer kurzen Kommentierung des Vertragstextes werden die russischen und deutschen Einfuhrzölle einer Erörterung unterzogen. Weiter werden gegeben eine Uebersicht der von Rußland an Deutschland gewährten Zollbefreiungen und Ermäßigungen unter Gegenüberstellung der neuen und der nach dem Tarif von 1891 bestehenden autonomen Zollsätze, ferner die Zollsätze der russischen Tarife von 1882 und 1885 und des französisch-russischen Uebereinkommens von 1893, sowie mit Angabe der Ziffern für die betreffende Einfuhr Rußlands aus Deutschland in den Jahren 1882 bis 1893. Mit einer Kommentierung der Bestimmungen über Zollabfertigungsverfahren und Grenzverkehr und die Abmachungen betr. Finnland schließt die Denkschrift. Es liegt beunruhigend in der Absicht, den Handelsvertrag am nächsten Montag im Reichstag zur ersten Lesung zu stellen. Die „Voss. Ztg.“ nimmt nach Äußerungen aus parlamentarischen Kreisen an, daß die Lesung drei bis vier Tage beanspruchen dürfte. Sie hält die Verweigerung des Vertrages an eine Kommission für unvermeidlich. Was das Endergebnis der Beratung im Reichstag betrifft, so versichert die „Voss. Ztg.“, die Freisinnigen, die Polen, Elsaß-Lothringer und Sozialdemokraten würden geschlossen für den Vertrag stimmen, und sie kommt zu dem Schlusse: „Alles spricht dafür, daß der Vertrag dieselbe Mehrheit findet, wie der rumänische.“ Es ist indessen doch nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit eine größere sein wird; man hat in dieser Hinsicht auch mit der Thatfache zu rechnen, daß sich in der Presse der beiden konservativen Parteien mit verstärktem Nachdruck Stimmen erheben, die von einer Ablehnung des Vertrages dringend abrathen. So warnt das Organ der deutschen Reichspartei, die „Post“, die konservativen Parteien, es wegen des russischen Vertrages nicht auf eine Auflösung des Reichstags ankommen zu lassen, welche die unausbleibliche Folge einer Ablehnung des Vertrags sein würde. Das Blatt schreibt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Reichstagsauflösung eine sichere Mehrheit zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages, und zwar wesentlich auf Kosten beider konservativen Fraktionen, ergeben würde. Weil dem aber so ist, erscheint eine Auflösung für den Fall der Verwerfung des Vertrages unausbleiblich, so überaus gewichtige Bedenken vom Standpunkte der inneren Politik dagegen sprechen. Denn es würde der Vertragstreue nicht entsprechen, von der Anwendung eines Mittels, welches sicher zur Annahme des Vertrages führen würde, abzusehen. Man wird also damit rechnen müssen, daß eine Verwerfung des Handelsvertrages in dieser Session die Auflösung des Reichstages und die Annahme in der nächsten Session zur Folge haben würde. Wollte man das Verlangen des Bundes der Landwirthe befolgen, so würde der Erfolg also nichts anderes sein, als eine kurze Verzögerung des Zustandekommens des Handelsvertrages um den Preis einer Auflösung des Reichstages. Das muß man sich klar machen, wenn man richtig handeln will.“

## Deutschland.

\* Berlin, 21. Febr. Seine Majestät der Kaiser hat heute Mittag um 1 Uhr in Wilhelmshaven die Rückfahrt nach Berlin angetreten. Auf dem Wege hierher traf der Kaiser mit seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich um 3 Uhr in Bremen ein. Der Monarch fuhr mit Kaiser-

höchstem Bruder in die Stadt und stattete auch dem berühmten Rathskeller einen Besuch ab, worauf die Reise fortgesetzt wurde.

— Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg ist, wie das neueste „Militär-Wochenblatt“ meldet, vom 1. April ab zur Dienstleistung bei dem 1. Garderegiment z. F. kommandirt, um bei demselben den praktischen Dienst kennen zu lernen. Der Prinz, am 31. August 1871 geboren, dürfte einst regierender Herzog des Herzogthums Sachsen-Altenburg werden. Der jetzt regierende Herzog Ernst hat keine männlichen Nachkommen, sondern nur eine Tochter, Prinzessin Marie, welche mit dem Prinzen Albrecht von Preußen vermählt ist. Nach des Herzogs derzeitigem Ableben wäre zunächst dessen einziger Bruder, Prinz Moritz, zur Nachfolge berufen, auf welchen dessen einziger Sohn, Prinz Ernst, zu folgen hätte. Zugleich mit dem Prinzen Ernst von Altenburg wird auch dessen Vetter, Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, ältester Sohn des Prinzen Albrecht, zur Erlernung des praktischen Dienstes bei dem 1. Garderegiment eintreten.

— Der Generalleutnant und Kommandeur der 10. Feldartilleriebrigade, Hänsch, ist zum Kommandeur der 36. Division ernannt. Der Oberst und Kommandeur des 1. Westfälischen Husarenregiments Nr. 8, v. Below, ist unter Stellung à la suite dieses Regiments nach Württemberg behufs Verwendung als Führer der 27. Kavalleriebrigade (2. Königlich Württembergische) kommandirt. Der Oberst und Kommandeur des 16. Manenregiments, Freiherr v. Bernow, ist mit der Führung der 31. Kavalleriebrigade beauftragt worden. Der Oberst und Kommandeur des Feldartillerieregiments Nr. 35, Gerich, ist zum Kommandeur der 10. Feldartilleriebrigade ernannt. Oberst Augustin von der 2. Ingenieurinspektion und Inspektor der Militärtelegraphie ist zum Inspektor der 1. Ingenieurinspektion ernannt. Oberst v. Meyer, Kommandeur der 31. Kavalleriebrigade, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension und dem Charakter als Generalmajor zur Disposition gestellt.

— Die heutige Plenarsitzung des Reichstags fand ein plötzliches Ende, indem sich bei der Abstimmung über den Antrag Schröder, betreffend die Kündigungsfristen der Handlungsgehilfen, die Beschlußfähigkeit des Hauses heraufstellte. Es fehlten fünf Abgeordnete an der zur Beschlußfähigkeit notwendigen Zahl der Anwesenden. Morgen wird der Reichstag Wahlprüfungen vornehmen und mehrere kleinere Etats herathen. Was die Kommission des Reichstags betrifft, so setzte die Budgetkommission heute die Beratung des Militäretats fort. Nach Schluß der heutigen Sitzung erklärte General v. Goller, seine neuliche Ausführung über die Placirung polnischer Rekruten habe in der Presse zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Er habe nur erklärt, daß, nachdem in jenen Gegenden die nationalen Gegenstände sich gemildert, die polnischen Rekruten in größerer Zahl als früher in ihrer Heimath bleiben könnten. Im übrigen blieben die betreffenden Bestimmungen des Militärgesetzes, wie bisher, maßgebend. In der Petitionskommission ist der antimilitärische Vorstoß gegen die jüdischen Geheimgesetze zurückgewiesen worden. Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Petition betreffs Uebersetzung der jüdischen Geheimgesetze von Staatswegen. Sie lehnte den Antrag ab, dem Reichstag die Uebersetzung der Petition an den Reichszankler zur Berücksichtigung zu empfehlen, und ebenso den Antrag, dem Reichstage Uebersetzung zur Tagesordnung zu empfehlen, sondern nahm den Antrag an, die Petition als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zurückzuweisen. Im Verlaufe der Debatte erklärte Regierungskommissar Lenthe, ein Bedürfnis zur staatlichen Uebersetzung der jüdischen Gesetzbücher habe sich bisher nicht gezeigt. Es sei der Justizverwaltung nicht bekannt, daß durch den Talmud eine zwiefache Gesetgebung bei uns hervortrete. Gegen etwaige Gesetzwidrigkeiten reiche das Strafgesetzbuch vollständig aus. Die jüdischen Gesetzbücher hätten überhaupt nur Siltigkeit für den rein jüdischen Kultus, wie für rein jüdische Ehen, aber nicht bei der Bethätigung der staatlichen Pflichten.

— Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, Grafen Dr. v. Posadowsky-Wehner, stattfindenden Beratungen zur Unterjochung der Silberfrage werden morgen Abend im Reichstagsgebäude ihren Anfang nehmen. Zu Kommissarien sind für diese Verhandlungen nachstehende Herren ernannt worden: für das Reichsschatzamt Geh. Oberregierungsath Dr. von Glasenapp, für die Reichsbank Geh. Oberfinanzrath Hartung, für das Kaiserlich Statistische Amt Geh. Regierungsrath Herzog, für das preussische Handelsministerium Geh. Oberregierungsath Dr. Ullmann, Geh. Oberbergath und Direktor der Bergakademie Dr. Hauchecorne und Regierungsrath Lusenst, für das Landwirtschaftliche Ministerium Geh. Regierungsrath Dr. Wenzel, für

das Finanzministerium Regierungsrath v. Günther; für das Königreich Bayern Ministerialrath Dr. Freiherr von Stengel, für das Königreich Sachsen Geh. Hof- und Bergath Professor Dr. Zitel und für das Königreich Württemberg Bergath und Münzwardein Dr. Klöpfel.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zu den bereits bekannt gewordenen Berichten über die Niederwerfung des Aufstandes in Kamerun einen ergänzenden Bericht. Derselbe schließt mit den Worten: „Leider gestatteten die örtlichen Verhältnisse nicht, die Stellung der Aufrechter umfassend anzugreifen; ihre Flucht in den Urwald konnte daher nicht verhindert werden. Die Absicht des Kommandanten aber, die Niederwerfung des Aufstandes mit möglichst geringen Verlusten zu bewirken, war mit vollem Erfolg durchgeführt worden.“

— Im preussischen Abgeordnetenhaus stand heute die vielbesprochene Frage der Staffeltarife auf der Tagesordnung. Es lagen dem Hause sowohl Anträge auf Beibehaltung wie auf Aufhebung der Staffeltarife für Getreide und Mühlenfabrikate vor. Eisenbahnminister Thielen verlas eine Erklärung des Staatsministeriums, die ihrem wesentlichen Inhalte nach folgendes besagt: „Die bevorstehenden Erörterungen über den wirtschaftlichen Einfluß der am 9. Januar 1891 eingeführten Tarifermäßigungen für Getreide, Hülsenfrüchte und Mühlenfabrikate im Hinblick auf den Abschluß des russischen Handelsvertrages und die Aufhebung des Identitätsnachweises haben eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Während im allgemeinen die Landwirtschaft, Mühlenindustrie und Getreidehandel in den östlichen Provinzen für Beibehaltung der Staffeltarife und Aufhebung des Identitätsnachweises sind, da man darin einen Ausgleich für die zu befürchtenden Nachteile des russischen Handelsvertrages erblickt, überwiegt in den mittleren und westlichen Landestheilen die Auffassung, daß die Staffeltarife aufzuheben und der Identitätsnachweis beizubehalten sei. Wenn auch die Regierung daran festhält, daß die Wirkung der Eisenbahntarife, die mit wachsender Entfernung fallen, im allgemeinen auf wirtschaftlich richtigen Grundlagen beruht, hat sie doch angesichts der erwähnten verschiedenen Ansichten sich entschlossen, unverweilt in eine erneute gründliche Prüfung des Einflusses der Staffeltarife in wirtschaftlicher Beziehung einzutreten, um die Frage, ob und durch welche Maßnahmen ein Ausgleich der verschiedenen Interessen zu ermöglichen sei, zu erörtern. Es wird in kürzester Zeit der Landes-Eisenbahnrath einberufen und man wird dann nicht ermangeln, dem Landtage über das Ergebnis der Erörterungen im Landes-Eisenbahnrath und der von der Regierung dazu zu fassen den Beschlüsse bald thunlichst Mittheilung zu machen. Die Regierung wird den Landes-Eisenbahnrath am 6. März und dessen Ausschuß am 2. März einberufen.“ Die Abg. Graf Limburg und Gerlich erklärten im Namen der Antragsteller, daß sie infolge dieser Erklärung auf eine Diskussion der Anträge verzichteten und dieselben zurückzogen. Abg. Richter nahm behufs einer Diskussion diese Anträge wieder auf, aber nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der sich die Nationalliberalen und das Centrum ebenfalls für die Nichtdiskussion der Frage ausgesprochen, wurden die Anträge von der Tagesordnung abgesetzt. Das Abgeordnetenhaus erledigte im weiteren Verlauf der Sitzung den Bergetag.

— In Kiel ist leider wiederum einer der Maschinenisten, die bei der Katastrophe an Bord des Dampfers „Brandenburg“ schwer verwundet wurden, seinen Verletzungen erlegen. Es ist dies der Oberheizer Giesel. Die Zahl der Todten von der Bemannung der „Brandenburg“ ist damit auf 44 gestiegen. Der Zustand der drei noch verbleibenden Schwerverwundeten ist sehr zufriedenstellend, so daß man mit Zuversicht hoffen darf, es werde kein Menschenleben mehr an den Folgen jener schrecklichen Katastrophe zu Grunde gehen.

## Oesterreich-Ungarn.

O. M. Wien, 20. Febr. Während in Ungarn Regierung und Reichstag unter der lebhaftesten Spannung der öffentlichen Meinung an die großen kirchenpolitischen Reformen schreiten, arbeiten die ungarischen Ministerien eifrig an anderen Reformen, von denen manche auch schon in's Leben gerufen wurden. Hierher gehört die Reform des Genossenschaftswesens, die zum Theile schon zur Wirklichkeit geworden ist, indem die Regierung mit der ersten vaterländischen Sparkasse bereits Vereinbarungen über die Unterstützung der Genossenschaften des Pesther Komitates getroffen hat. Die Reform der Handelskammern, welche sämmtliche Interessenten des Handels und der Industrie in eine neue Organisation zusammenfaßt, ist bereits fertiggestellt. Für die Interessenten der Landwirtschaft wird eine besondere Organisation geschaffen werden. Die Arbeiten, betreffend die Reform

der direkten Steuern sowie diejenigen zur Reform des Bergwerksgesetzes, machen befriedigende Fortschritte. An die Reform der Organisation der Gemeinden wird jetzt die letzte Hand gelegt. In diese Reform wird auch die Organisation der Matriführung eingefügt werden. Denn nicht nur in den Städten, sondern auch in dem überwiegenden Theile der Gemeinden wird die Matriführung den Gemeindevorständen, beziehungsweise den Notaren und nur ausnahmsweise und interimistisch anderen Organen zugewiesen werden. Der gesammte Plan für die Regelung der letztbezeichneten Angelegenheit ist im jüngsten Ministerrathe festgesetzt worden.

**Wien, 22. Febr. (Tel.)** Der österreichische Ministerpräsident Fürst Windischgrätz hatte heute im Beisein mehrerer anderer Minister eine Konferenz mit den Obmännern der drei großen parlamentarischen Parteien, um im Einvernehmen mit ihnen den Arbeitsplan für die bevorstehende Reichsrathssession festzustellen. Es geht auch aus diesem Schritte des Fürsten Windischgrätz hervor, daß die neue Regierung in Oesterreich entschlossen ist, in engster Fühlung mit der Reichsrathsmehrheit zu bleiben und sich eines festen parlamentarischen Rückhalts für ihre Gesetzesvorschläge zu versichern. Die Konferenz führte zu dem Ergebnisse, daß beschlossen ward, das Budget im Budgetausschusse bis zu den Oesterferien zu erledigen. Daneben sollen die wichtigsten Gesetzesentwürfe wie diejenigen über die Salutareform und über die Wiener Verkehrsanlagen zur Berathung kommen. — Nach einer langen Dauer und nach mancherlei stürmischen Szenen, welche die Geduld des Gerichtshofes auf eine schwere Probe stellten, ist gestern vor dem Prager Schwurgericht der Prozeß gegen die Mitglieder des jungczechischen Geheimbundes „Dmladina“ zu Ende gegangen. Die vom Gericht ausgesprochenen Urtheile sind entsprechend der Schwere der Gesetzesverletzungen, die den Gegenstand des Prozesses bildeten, theilweise sehr hohe. Die Hauptangeklagten wurden theils wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung, Aufhetzung und Geheimbündelei, theils wegen Aufhetzung zu acht Jahren schweren Kerkers, verschärft durch Faßten, Dunkelkammer und hartes Lager an jedem 17. August, bis herab zu 13 Monaten schweren Kerkers verurtheilt. Die übrigen Angeklagten sind theils wegen Aufhetzungsverbrechen, theils wegen Uebertretungen zu 18 Monaten schweren, durch Faßten verschärften Kerkers bis herab zu 14tägigem Arrest verurtheilt. Es ist bemerkenswerth, daß von 76 Angeklagten nur 8 freigesprochen werden konnten. Die Verurtheilten werden gegen den Spruch des Gerichts die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen, doch dürften sie sehr wenige Aussicht auf einen Erfolg dieses Rechtsmittels haben; denn in den Verhandlungen vor dem Schwurgericht ist das staatsgefährliche Treiben der „Dmladisten“ nach allen Seiten hin klar gestellt worden und die Urtheile des Gerichts stützen sich auf das umfassendste Beweismaterial. Es ist zu hoffen, daß der Ausgang des Prozesses vielen Leuten in Böhmen die Augen über die letzten Konsequenzen der jungczechischen Agitation öffnet und zur heilsamen Warnung dient.

#### Italien.

**Rom, 21. Febr.** In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer hat der Finanzminister Sonnino seine Vorschläge zur Herstellung des Gleichgewichts im italienischen Staatshaushaltsetat eingebracht und sie mit einer längeren Darlegung der Finanzverhältnisse begleitet. Der Finanzminister beziffert die für den Staatsschatz erforderliche Summe auf mehr als eine halbe Milliarde. Diese Summe muß auf den Wegen der Ersparungen und verschiedener Steuererhöhungen beigebracht werden. Der „Fr. Ztg.“ werden über den Finanzplan Sonnino's folgende Einzelheiten berichtet: „Der Finanzminister schlägt zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget zunächst Ersparungen vor. Durch größere Einschränkungen sollen 14 800 000 Lire; davon 10 Millionen allein im Heeresetat, erspart werden, außerdem durch Spezialgesetze 31 Millionen, durch die Verwaltungsreform 15 Millionen. Aus der Erhöhung der Grundsteuer, wovon jedoch der kleinste Besitz ausgeschlossen bleiben soll, erwartet man 17 Millionen; 9 1/2 Millionen aus der Erhöhung der unteren Kategorien der Mobiliarsteuer, 4 Millionen aus der erhöhten Erbschaftsteuer, 1 Million aus der Registersteuer. Der Salzpreis soll von 35 auf 40 Centimes pro Kilogramm, die Tage für den Verkauf von Spiritus von 20 auf 40 Lire pro Hektoliter erhöht werden; von beiden Erhöhungen erhofft man eine Mehreinnahme von 11 1/2 Millionen. Neu eingeführt wird eine Steuer auf das Reineinkommen, die von 2 000 bis 4 000 Lire 1 Proz., darüber hinaus 1 1/2 Proz. beträgt und im ersten Jahre 10 Millionen ergeben soll. Die noch fehlenden 43 Millionen werden durch Erhöhung der ersten Kategorie der Mobiliarsteuer, zu der auch das Einkommen aus Rente gehört, auf 20 Proz. aufgebracht. Zur Verbesserung der Lage des Schatzes bietet die Regierung den Inhabern der 5prozentigen nicht konsolidirten Rente zum 1. Januar 1895 die Konversion in eine für alle Zeit steuerfreie 4prozentige Rente an. Außerdem wird die Schaffung einer neuen 4 1/2prozentigen konsolidirten inneren Anleihe mit dreimonatlichen Coupons an Stelle der gegenwärtigen 5prozentigen vorgeschlagen. Die Regierung verfügt ferner den Zwangskurs für die Staatsnoten, die Ausprägung von 20 Centimes-Nickelstücken im Betrage von 20 Millionen, erhöht mittelst Sperrgesetzes den Getreidezoll von fünf auf sieben Lire bei gleichzeitiger Abschaffung der staatl. Mehlsteuer. Was die Aufnahme der Regierungsvorschläge betrifft, so berichtet man dem genannten Blatt, daß die aufrichtige Darlegung der Finanzlage durch Sonnino allgemein einen tiefen Eindruck gemacht habe, sie werde aber hier und da mißbilligt in der Befürchtung, daß dadurch der

Kredit Italiens geschädigt werden könne.“ Es ist dies ein seltsamer Vorwurf; der erste Schritt zur Besserung muß ja doch die klare Erkenntniß des Uebels sein, und wenn die Regierung auf die Annahme ihrer weitgehenden Vorschläge rechnen will, so mußte sie vor allen Dingen dem Lande und dem Parlament reinen Wein hinsichtlich des Standes der italienischen Finanzen einschenken.

#### Frankreich.

**## Paris, 20. Febr.** Es ist ziemlich schwierig, den wahren Sachverhalt betreffs der Einnahme von Timbuktu zu erfahren. Die Frage, ob der Oberst Bonnier den Befehl hatte, die genannte Stadt zu okkupiren, oder nicht, läßt sich nicht klar beantworten. In den hiesigen Regierungskreisen wird behauptet, daß die Okkupation Timbuktus nicht beabsichtigt war. Dagegen besagen Briefe, welche von dem bei dem Massacre von Dugoi umgekommenen Kommandanten Dugouey stammen, schon vom 6. Dezember letzten Jahres ab, daß Oberst Bonnier nach dem Osten marschiren müsse und daß die Einnahme Timbuktu's zu gewärtigen sei. Aus all' dem wäre zu entnehmen, daß ein Marsch auf diese Stadt vorbereitet wurde, und zwar auf Befehl der lokalen Kolonialbehörden, ohne Vorwissen der französischen Regierung. Eine derartige Fehlfahrtheit in den kolonialen Angelegenheiten Frankreichs kann nicht länger geduldet werden, denn sie führt, wie sich bei Dugoi gezeigt hat, zu unglückseligen Folgen. Die Forderung nach einem eigenen und selbständigen Kolonialministerium wird daher immer lauter erhoben. An die Spitze dieses Ministeriums müßte ein mit allen nötigen Vollmachten ausgestatteter Mann treten, der die Kolonialpolitik Frankreichs einheitlich und mit Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Kolonien leitet. Dann wird es nicht mehr geschehen können, daß man, wie es bei der Einnahme von Timbuktu der Fall war, mit den Tuaregs der südlichen Sahara Krieg führt, während man gleichzeitig mit den Tuaregs der nördlichen Sahara in freundschaftlichen Unterhandlungen steht. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die letzteren nunmehr auch in das feindliche Lager übergingen. Der Gouverneur von Algier, Herr Cambon, hat einen Escouvier abgesandt, um jene Franzosen, welche sich mit der tuaregischen Delegation in das Innere der Sahara begeben haben, zu warnen. Das Schicksal dieser Franzosen verursacht vielfach Besorgnisse. Eine französische Kolonie von 200 Mann ist bis Bel-Heiran, ungefähr 220 Kilometer von Tugurt, vorgebrungen. Sie wird daselbst ein „Bordj“ erbauen. Später will sie in der Richtung von El-Biodh, 300 Kilometer südlich von Bel-Heiran, die Gegend sondiren, um die Orte, wo sich Wasser vorfindet, zu bezeichnen. So will man Schritt für Schritt gegen den Süden vordringen und auf dem Wege eine Reihe von befestigten Posten als Stützpunkte errichten.

Der französische Gesandte in Lissabon, Herr Bihourd, wurde von dem Ministerpräsidenten Casimir Perier hierher citirt, um Aufklärungen über den Grund zu geben, warum Frankreich mit seinen finanziellen Wünschen bei der portugiesischen Regierung kein Gehör finde. Herr Bihourd wird zweifellos einige Zeit hier bleiben. In portugiesischen Kreisen versichert man, daß von einem Uebelmollen der portugiesischen Regierung Frankreich gegenüber nicht die Rede sein könne, sondern daß an dem schlepplenden Gange der Verhandlungen zwischen Frankreich und Portugal ausschließlich die beschränkten finanziellen Hilfsmittel des letzteren Staates schuld seien. Es sei jedoch nicht zu bezweifeln, daß ein freundschaftliches Arrangement erzielt werden wird.

**Paris, 22. Febr. (Tel.)** Die bei dem Bombenattentat in der Rue Saint-Jacques schwer verwundete Frau ist gestern Abend gestorben. Das Attentat in der Rue Saint-Jacques und dasjenige in der Rue du Faubourg Saint-Martin sind beinahe von einer und derselben Person verübt worden, die sich in Briefen an zwei höhere Polizeibeamte mit dem Namen „Rabardy“ unterzeichnete. Es ist indessen bereits festgestellt, daß der Verbrecher diesen Namen gestohlen hat. Der in Rouen wohnende Monteur Rabardy erklärt, daß er vor einigen Monaten eine Briefstache mit seinen Personalpapieren verloren habe. Dieselbe sei wahrscheinlich von dem Urheber der Bombenattentate gefunden worden, wodurch der Verbrecher in die Lage kam, sich des Namens Rabardy zu bedienen. Was ihn selbst betrifft, so sei er nie ein Anarchist gewesen. Gestern verhaftete die Polizei einen aus London hier angekommenen Anarchisten Namens Rigold. Derselbe verlangte eine Karte für die Galerie der Deputiertenkammer und steht in dem Verdachte, daß er nach dem Beispiel Vaillants ein Sprenggeschöß in den Sitzungssaal werfen wollte. Auch mehrere andere Anarchisten sind heute verhaftet worden. — Die Deputiertenkammer setzte heute die Berathung über die Erhöhung der Getreidezölle fort. Der Abg. Rathier beantragte, den Zoll auf 8 Francs festzusetzen, stieß dabei jedoch auf den Widerstand des Premierministers Casimir Perier. Der Premierminister gab eine interessante Erklärung ab, aus der sich ergibt, daß auch der Leiter des französischen Ministeriums sich klar über die Rückwirkung der Handels- und Zollpolitik auf das Gebiet der rein politischen Angelegenheiten ist. Die Regierung, sagte er, sei besser als irgend sonst Jemand im Stande, die politische Gesamtlage zu beurtheilen, die bei dieser Abstimmung berücksichtigt werden müsse. Er fordere von der Volksvertretung, daß sie sich von den Interessen Frankreichs leiten lasse. Darauf wurde der Antrag Rathier abgelehnt und der Zollsaß von 7 Francs mit 371 gegen 172 Stimmen angenommen.

#### Belgien.

**Brüssel, 21. Febr.** Hier eingegangenen Meldungen zufolge ist die Karawankenstraße nach den Kongofällen,

die zeitweise infolge von Aufstürzungen unterbrochen war, wieder vollkommen frei. (Die Wiederherstellung des Verkehrs nach den Kongofällen scheint mit einem siegreichen Kampfe der Kongotruppen gegen den Araberführer Kunaliza in Zusammenhang zu stehen. Es wird nämlich telegraphisch gemeldet, daß die Truppen des Kongostaates den Araberführer Kunaliza in die Flucht geschlagen haben. Nach der schweren Niederlage, welche die Truppen des Kongostaates unlängst erlitten haben, wird diese Siegesnachricht in Brüssel besondere Genugthuung erwecken.)

#### Rußland.

**St. Petersburg, 22. Febr. (Tel.)** Seiner Majestät dem Kaiser Alexander wurden bei seiner gestrigen ersten Ausfahrt nach dem Alexander-Newski-Kloster vom Volte sehr herzliche Rundgebungen gebracht. Es spricht sich in diesen Rundgebungen die innige Freude der Bevölkerung über die Genesung des Czaren aus. — Das Befinden des Ministers v. Siers scheint starken Schwankungen unterworfen zu sein. Heute wird berichtet, der Gesundheitszustand des Ministers habe sich während der letzten Tage so verschlechtert, daß die Ärzte nicht ohne Sorge sind; die geplante Reise des Herrn v. Siers nach San Remo wird also vorläufig unterbleiben müssen.

#### Rumänien.

**Bularest, 21. Febr.** Die Kammer genehmigte mit 71 gegen 6 Stimmen das Uebereinkommen mit England in Betreff des Warenzollgesetzes. — Der Senat begann die Generaldebatte über den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn. Der Führer der Liberalen, Sturdza, bekämpfte den Vertrag. Trotzdem ist die Regierung davon überzeugt, daß der Senat dem Vertrage seine Zustimmung geben wird.

#### Bulgarien.

**Sofia, 21. Febr.** Der Kassationshof beschloß, der Berufung des Metropoliten Clement nicht Folge zu geben. Darnach bleibt es also bei dem vom Appellgerichtshof in Tirnovo ausgesprochenen Urtheil. Clement's Verteidiger hatte die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urtheil des Appellgerichtshofes damit begründet, daß nach der in Bulgarien bestehenden Uebung für die bei der Ausübung kirchlicher Amtsverhandlungen vorgekommenen Dinge das Civilgericht nicht zuständig sei. Der Kassationshof hat diesen Einwand indessen nicht gelten lassen.

#### Badischer Landtag.

**\* Karlsruhe, 22. Febr. 38.** öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Günner.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, Ministerialdirektor Dr. Schenkel, Geh. Oberregierungsath Baader und die Ministerialräthe v. Bodman, Föhrenbach und Dr. Glockner; später die Ministerialräthe Dr. Reinhard und Braun, Oberregierungsath Dr. Lydtin und Regierungsath Märklin.

Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialberathung des Budgets des Ministeriums des Innern. Zu den einzelnen Titeln resp. Positionen sprechen die Abgg. Stegmüller, Hug, Straub, Reichert, Wacker, Eder, Frank, Fieser, Laud, Marbe, Kögler, Blattmann, Rießer, Schüller, Schlusser und seitens der Regierung Geh. Rath Eisenlohr. An der Generaldebatte über den Budgetkommissionsbericht des Abg. Frank, Titel XIV „Förderung der Landwirtschaft“, theilnehmten sich die Abgg. Gerber, Klein-Wertheim, Schumann, Wechsler, Schüller, der Berichtserstatter und seitens der Regierung Geh. Rath Eisenlohr.

Die Sitzung wird 1/3 Uhr abgebrochen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

**\* Karlsruhe, 22. Febr. 39.** öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 23. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1894/95, und zwar: Fortsetzung bei Titel XVI der Ausgabe, Titel V—VII der Einnahme (Berichtserstatter: Abg. Frank). 3. Defalcation des Ministeriums der Finanzen: Titel I—III, XI und XIII der Ausgabe (Berichtserstatter: Abg. Heimburger).

#### Großherzogthum Baden.

**Karlsruhe, den 22. Februar.**

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg zu längerem Vortrag.

Nachmittags 1 1/2 Uhr trafen Ihre Königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin, sowie die Cousine der Erbgroßherzogin, Ihre Durchlaucht die Prinzessin von Schaumburg-Lippe, bei den Großherzoglichen Herrschaften ein. Die Prinzessin reist heute Abend nach Stuttgart zu Höchstlicher Schwester, Ihrer Majestät der Königin von Württemberg. Die Erbgroßherzoglichen Herrschaften gedenken einige Tage hier zu verweilen. Höchst-dieselben sind im Rückenbau des Großherzoglichen Schlosses abgetheilt.

Abends nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen.

\* (Für die Mitglieder der Museums-Gesellschaft) wird am nächsten Montag im großen Museums-Saale Herr Professor Dr. v. Schulze-Gaesertig aus Freiburg i. B. einen Vortrag über das Thema: „Slawophilismus und Panlawismus“ halten.

\* (Falsches Geld.) In letzter Zeit wurde hier auf dem Wochenmarkt ein falsches Zweimarkstück mit dem Bild Kaiser



Preisgekrönt in Chicago. Kassenschranke. J. Ostertag, Aalen (Württ.). Streng reelle Bedienung. Hervorragende Leistungsfähigkeit.

Museums-Saal. Donnerstag den 1. März, Abends 7 Uhr: Drittes und letztes CONCERT des neunjährigen Hoppianisten Raoul Koczalski...

Populäre Preise. Die Eintrittskarten, sowie Klavierkompositionen von Raoul Koczalski sind in der Musikalienhandlung von Fr. Doert zu haben.

654. Nr. 339. Karlsruhe. 28,000 Mark find auf 2. April 1894 auf erstes Unterpfand auszuleihen.

Südafrikanische Goldminen. Die neue Auflage unseres Handbuchs zu den südafrikanischen Goldminen, in deutscher Sprache, wird auf Verlangen gratis und franco geschickt.

Rothwein, italienischer, unter Aufsicht der Zollbehörde mit inländischem Weiswein vermischt. 45 Pfg. per Liter.

CACAO MOSER. Leicht löslich, rein, wohlschmeckend. Original-Fabrikation mit Kaffeebohnen.

J. B. BUMILLER, Weinhandlung, in Karlsruhe, empfiehlt Weiß- und Rothweine zu den billigsten Preisen in Fässern von ca. 20 Liter an.

Die Reparaturwerkstätte für Gold- und Silberwaaren, Führer, Uhrgehäuse, Brillen, Zwicker u. s. w. befindet sich jetzt Waldstraße 37. M. Peter.

Badische Handelsbank, Karlsruhe. Die ordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre findet am Samstag den 17. März d. J., Nachmittags 3 Uhr...

Deutscher Phönix. Sechste außerordentliche Generalversammlung. Die Aktionäre des Deutschen Phönix, Versicherungsgesellschaft in Frankfurt a. M., werden hiermit zu der am Donnerstag den 15. März 1894, Vormittags 10 1/2 Uhr...

Bürgerliche Rechtspflege. Freitag den 16. März 1894, Vormittags 8 Uhr...

Der Verwaltungsrath. Freitag den 16. März 1894, Vormittags 8 Uhr...

644.1. Nr. 4222. Bruchsal. Auf Antrag des Alexander Rommer, Rathschreiber jung von Dornheim, als Pfleger des Nachlasses des Handelsmanns Jakob Brandt von Dornheim...

649. Mannheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Sasse & Stäblein in Mannheim betr.

641. Nr. 1815. Staufen. Ueber das Vermögen des Adlerwirts Emil Mutterer in Staufen wurde, da derselbe keine Zahlungen eingestellt hat...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

641. Nr. 1815. Staufen. Ueber das Vermögen des Adlerwirts Emil Mutterer in Staufen wurde, da derselbe keine Zahlungen eingestellt hat...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

642. Nr. 1010. Bahl. Durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts Bahl vom 12. Februar 1894 wurde die Ehefrau des zur Zeit in Konkurs befindlichen Wirts, Krämers und Glaxers Edmund Schmidler von Neuwier...

Handelsregister-Einträge. 654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde eingetragen...

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde eingetragen: Firma: Portlandementwerk Heidelberg, vormals Schifferbeder & Söhne in Heidelberg.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde eingetragen: In der am 10. Februar 1894 stattgehabten 10. ordentlichen Generalversammlung wurde Kaufmann Ludwig Anders hier als Aufsichtsrathmitglied gewählt.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

654. Nr. 8048. Heidelberg. Zu D. J. 300 Band I des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen: Zu D. J. 73 zur Firma J. S. O. Söhne in Ruppelheim.

623.1. Freiburg i. B. 1. Georg Karl Braun, Bierbrauer, geb. in Röhrlingen,

2. Maximilian Armbruster, Gärtner, geb. in Kreuzlingen,

3. Friedrich Ruser, Maler, geb. in Riegel.

4. Adolf Fuchs, Ziegler, geboren in Waltersweiler,

5. Karl Stapp, Bauführer, geb. in Schweigern.

Alle zuletzt hier wohnhaft, werden beschuldigt, als heurathete Reservisten ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen:

655. Freiburg. In der Vorladung der Neuten Carl Burg und Genossen - eingetragen in Nr. 46 der „Karlsruher Zeitung“ - muß es unter Ziffer 23 richtig heißen: